Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 152 (1986)

Heft: 11

Artikel: Nach der Abstimmung

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-57260

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage

Nach der Abstimmung

Divisionär Gustav Däniker

Das Abstimmungswochenende im September war strahlend schön. Noch einmal fuhr jedermann ins Grüne. Nach einer Auseinandersetzung, bei der sämtliche Parteien mit Ausnahme der Revolutionären Marxistischen Liga, breiteste Kreise im Volk, nach einigem Schwanken sogar Radio DRS gegen die *Abschaffung der Armee* Stellung bezogen und die Befürworter in arge Beweisnot gedrängt hatten, schien alles gelaufen.

Besonders beeindruckt hatte die Argumentation von Sachverständigen, wonach es auch in Zukunft nicht einfach um die Alternative Weltfriede oder Weltuntergang gehe, sondern ein ganzes Spektrum von teils klassischen, teils neuartigen Gefahren drohe, gegen welche eine starke konventionelle Armee durchaus Schutz biete. Ebenso verfing die Befürchtung, dass der Verzicht auf die nationale Wehrkraft der Unterwanderung und anderen Formen der indirekten Konfliktführung Tür und Tor öffnen würde.

Die meisten Bürger hielten es darum für überflüssig, überhaupt an die Urne zu gehen.

Das unerwartete Resultat schlug denn auch wie eine Bombe ein. Mit hauchdünner Mehrheit und bei geringster Stimmbeteiligung wurde die Initiative für die *Abschaffung der Armee* angenommen. Buchstäblich niemand hätte das erwartet. Das Ausland reagierte mit Befremden, im Inland herrschte Ratlosigkeit. Über die Freudentänze der Sieger mochte sich niemand so recht freuen. Die bange Frage lautete: Was nun?

Denn die Welt war nach einer kurzen Entspannungsphase wieder unsicherer geworden. Namentlich in Europa kam es zu Unruhen. Die Supermächte rasselten mit ihren Säbeln. Kriegsangst, wie anfangs der achtziger Jahre, breitete sich rasch aus.

Ein für seine Meinungsumfragen bekanntes Lausanner Büro erhob die Gründe für das Abstimmungsergebnis. Ein kleiner Prozentsatz brüstete sich mit der Tat. Man wolle schliesslich das verruchte System dieser Scheindemokratie zerschlagen; die *Abschaffung der Armee* sei ein erster wirksamer Schritt. Nun gehe es dem *Zivilschutz* an den Kragen. Andere machten geltend, die Armee sei eine Zwangsorganisation. Sie verlange Einordnung, Disziplin, was man nicht wolle, man müsse sich schiesslich selbstverwirklichen können. Viele hatten unangenehme Diensterlebnisse gehabt: Strenge Vorgesetzte, Blattern an den Füssen vom Marschieren. Einige gaben freimütig zu, aus Plausch *ja* gestimmt zu haben, sie hätten einen Gag lancieren und denen in Bern eins auswischen wollen – allerdings hätten sie fest daran geglaubt, dass die Mehrheit schon richtig stimmen würde.

Eine grosse Zahl ehrlich besorgter Friedensfreunde machte geltend, man müsse doch irgendwann anfangen, mit dem Rüstungswahnsinn aufzuhören. Die Schweiz müsse eben mit dem guten Beispiel vorangehen und politische Phantasie entwickeln. Auf die Zusatzfrage, ob man denn nicht gewusst habe, dass die offizielle schweizerische Sicherheitspolitik die *«Allgemeine Friedenssicherung und Krisenbeherrschung»* als strategische Hauptaufgabe werte und man beispielsweise in EDA und EMD seit Jahren dabei sei, allseitig akzeptable Vorschläge für vertrauensbildende Massnahmen zuhanden internationaler Konferenzen auszuarbeiten, erfolgte ein erstauntes Achselzucken. Davon hätten die Initianten eigentlich nie gesprochen.

Über 60% gaben zu, sich um die Abstimmung foutiert zu haben, weil sie der festen Meinung gewesen seien, eine derart absurde Vorlage, die von jedermann als Chabis empfunden worden sei, komme sowieso nicht durch.

Die Reaktionen aus dem Ausland waren aufschlussreich. Kaum ein

ASMZ Editorial

«Angst vor dem Volk».*

Die Temperatur im Wehrklima beginnt zu steigen – das Niveau der armeekritischen Argumentation dementsprechend zu fallen. Bereits im Vorfeld der Volksabstimmungen – Rüstungsreferendum, Rothenthurm, «Schweiz ohne Armee» – wird kräftig agitiert. Wenig sachlich und fundiert. Emotional und halbwahr kommen besser an. Die ***wahren Gründe werden verschleiert.*** *Lockere Schreibe, «Spiegelsprache», oberflächliche Aussage gepaart mit scheinheiliger Demokratie-Sophistik dominieren. Parlamentarier, die dagegen votieren, sind «denkschwache Phrasendrescher». Auch das Blödeln über die Armee, besonders in gesprochenen Sendungen, ist «in». Die Unterhaltungsgesellschaft will's kurzweilig. Echter Diskurs findet nur in seriösen Blättern statt.*

Wilhelm Tell, Arnold Winkelried, Henri Guisan sind in den billigsten Schlagzeilen. An ihrem «Imitsch» wird herumgekratzt. Das Vorhandensein der Armbrust wie auch der Wert der Armee im Zweiten Weltkrieg werden angezweifelt. Über den Weg der Unbeweisbarkeit der physischen Existenz der historischen Helden soll ihre Symbolkraft ausgelöscht, der Boden der Überlieferung aufgeweicht, das Urvertrauen des Schweizers in sein patriotisches Selbstverständnis abgebaut werden. Denn nur wer ***dem Wehrwillen entfremdet*** *ist, wird den folgenschweren Volksbegehren zustimmen. Also handelt man nach dem Grundsatz: Zuerst schlecht machen. Was schlecht ist, verdient kein Vertrauen (mehr).*

Wir leben in einer offenen Gesellschaft. Pluralismus ist Trumpf. Man darf sagen, was man will und soviel man will. Das Überangebot an «Information» ist enorm. Entsprechend mager ist der Gehalt. Der Existenz- und Konkurrenzkampf der Medien ist hart, bis aufs Messer. Wer nicht immer neue Gags bringt, bleibt auf der Strecke.

Dieser Stil strahlt ab. Auch Nichtjournalisten vergreifen sich immer häufiger in Ton und Gedanken. Man übertreibt, verliert den

** Info Dienst der SPS vom 16. September 1986*

klaren, (selbst-)kritischen Blick, haut daneben. Die Willfährigkeit gegenüber ***einlullender Ostpropaganda*** *erinnert geradezu an Prostitution. So geht die Orientierung verloren. Nicht nur beim Meinungsmacher, auch beim Konsumenten. Selbst die* ***Schweizer Bischöfe*** *lassen sich in befremdlicher Weise vernehmen: «So muss sich die Schweiz beispielsweise fragen, ob sie mit ihren Aufwendungen für Rüstung und mit der Regelung der Waffenausfuhr wirklich nur der Verteidigung der Sicherheit des eigenen Landes dient, oder ob sie nicht auch weltweite Ungerechtigkeit indirekt aber wirklich fördert und dadurch selber auch den Weltfrieden untergraben hilft.» (Aus dem Bettagsbrief 1986).*

Auf den ersten Blick mag diese verteidigungspolitische Aussage als entschuldbare Fehlleistung verstanden werden. Sie ist aber mehr. Die eigenen Verteidigungsanstrengungen in den Kontext der Waffenausfuhr zu verpacken, ist perfid. Hier wurde bewusst eine Desinformationsmine gelegt. Dass sie nicht hoch gegangen ist, weil sie für gewisse Medien zu gut getarnt war, ist keine Entschuldigung. Das Kirchenvolk hat die Botschaft von der Kanzel vernommen – erfreulicherweise nicht überall. Auch der Versuch zu böser Tat ist bekanntlich ein Delikt.

Die Auswüchse des Informationszeitalters ***erschweren die freie Meinungsbildung.*** *Finanzielle Investitionen in die staatliche Sicherheit provozieren naturgemäss den Wohlstandsmaterialismus. Dissuasion als Dauerleistung ist aber ein perpetueller politischer Willensakt. Er ist nowendig angesichts der nie dagewesenen Gewaltintensität und Bereitschaft zur Machtausdehnung. Das sollte man nicht verdrängen. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität bleibt noch auf lange Zeit hinaus unsere Staatsmaxime; es gibt keine echte Alternative.*

Dass wir wegen dieser (und der nebenstehenden) Zeilen einmal mehr von der farbigen Presse apostrophiert werden, ist zu erwarten. Aber wir schreiben ja nicht für die breite Öffentlichkeit; denn schliesslich sind wir ein «Vereinsblättli», und es wundert uns, dass wir immer wieder als Störenfriede empfunden werden ... fas

Kommentar ohne kritischen Unterton. Die Schweiz habe sich aufgegeben. Sie sei fortan ein unsicherer Ort. Ihr Egoismus hätte wieder einmal durchgeschlagen. Nun wolle sie nicht einmal mehr ihre neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen wahrnehmen, um noch mehr Geld auf Kosten Dritter zu scheffeln.

In fremden Militärkreisen begann man sich mit uns zu befassen. Aus der NATO verlautete, man habe mit der Planung einer vorsorglichen Besetzung des Alpenraumes begonnen. Ein gallischer Wehrexperte riet, die französischen Atomraketen Richtung schweizerisches Mittelland zu schwenken. Man könne jetzt ja nicht mehr sicher sein, ob nicht plötzlich ein Angreifer durch die Schweiz nach Westen stosse. Italienische Stimmen drohten offen mit der Besetzung Graubündens. Sie würden eine Umgehung ihrer Nordostfront nie zulassen. Österreich, das bekanntlich eine bewaffnete Neutralität nach Schweizer Muster aufgebaut hat, fühlte sich verraten. Über kurz oder lang müsse es nun auch mit einer Besetzung rechnen, nachdem der früher starke neutrale Riegel zu einem strategischen Vakuum geworden sei. In der Tat erklärte die Sowjetunion, die Schweiz auf keinen Fall der NATO überlassen zu können. Immer mehr Leute erinnerten sich an 1798.

Unsere Diplomatie bemühte sich verzweifelt, für den Frieden zu wirken. Hinter den Kulissen musste sie aber manches schnöde Wort hören: Von einem ehrlosen Volk, dem seine Freiheit kein Opfer mehr wert sei, nehme man keine Ratschläge entgegen. Schliesslich sei die Welt alles andere als friedlich. Krieg könne vorläufig nur verhindern, wer zur Verteidigung bereit sei.

In den kommenden Monaten passierte Merkwürdiges: Der Zustrom von Asylbewerbern nahm gewaltig zu. Es kamen vor allem junge Männer aus den verschiedensten Befreiungsbewegungen, die behaupteten, ihr Land wegen Gefährdung an Leib und Leben verlassen zu müssen. Die Polizei berichtete, einige der brutalsten Terrororganisationen seien daran, ihre Zentralen hierher zu verlegen. Der Finanzplatz Schweiz wurde mehr und mehr gemieden, beim Werkplatz gingen die Auslandbestellungen zurück. Man fühle sich eben hier ganz einfach nicht mehr sicher, war das Argument der früheren Klienten, zu dem selbst den Vertretern unseres Denkplatzes nichts mehr einfiel.

Anlässlich einer Reihe von Erdrutschen, Überschwemmungen und Lawinenniedergängen konnte kaum zeitgerecht und wirksam geholfen werden. Die zivilen Mittel reichten zur Rettung nicht aus. Die *Armee* – effizient wie immer – hatte sich bereits *aufgelöst*. Die *Zentralstelle für Rumpfverteidigung* errechnete einen Bedarf von 50 000 bis 60 000 neuen Beamtenstellen, um nur die Milizfunktionen in der früheren zivil-militärischen Krisenorganisation (Sanität, Übermittlung, Transporte usw.) einigermassen ersetzen zu können. Als erstes ging man daran, AC-Spezialisten anzustellen. Im Falle eines neuen Tschernobyl könne man ja nicht mehr auf das Militär zählen.

Pläne für einen *obligatorischen Arbeitsdienst*, aber auch für *Bürgerwehren* wurden diskutiert. Ein Volksbegehren für eine *Busipo* von mehreren 10 000 Mann wurde massenhaft unterzeichnet.

Bei dieser Perspektive erwachte der Verfasser jäh aus seinem Alptraum. Aus dem Radio tönte das vertraute Wort zum Tage: Ein Pfarrherr mahnte, der Umgang mit dieser Initiative sei ein Test für die Toleranz und Diskussionsfähigkeit in diesem Lande. Gerade die Mehrheit müsse die vorwiegend jungen Befürworter verstehen. Sie wollten nichts weiter als die Augen öffnen für die Notwendigkeit eines wahren Friedens im Atomzeitalter und von Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt. In diesem Sinne müsse sich die Schweiz fragen, ob ihre zwar defensive und auf klare Notwehr ausgerichtete Rüstung wirklich «nur» der Verteidigung des eigenen Landes diene oder ob sie nicht auch den Weltfrieden untergraben helfe. Die Diskussion darüber, die eine kleine Minderheit für so wichtig halte, um sie, koste es, was es wolle, zu erzwingen, sei kein Missbrauch der demokratischen Volksrechte und auch kein Vehikel, das Schweizervolk fremden Mächten schutzlos auszuliefern. Alle wollten schliesslich nur das Beste ■

Interviewfrage an den Generalstabschef:

Würden Sie Ihr Kind oder Grosskind gerne in einer Klasse sehen, deren Lehrer ein Dienstverweigerer ist?

Nein, ein spontanes Nein. Ich habe die Auffassung, dass jemand, der selber im Dienste einer Institution dieses Staates steht – und das ist die Schule –, die anderen Institutionen, die ihm verfassungsgemäss gegeben sind, auch mittragen sollte. Ich meine, dass dieses Nicht-dazu-Stehen zu einer verfassungsmässig vorgeschriebenen Pflicht eine ungünstige Voraussetzung ist, um das Kind zu einem staatspolitisch verantwortlichen Erwachsenen zu erziehen. Diese Erziehung sollte von allen Beteiligten, also Elternhaus, Schule, Kirche usw., getragen und gefördert werden.

(die neue Schulpraxis, 9/86)